Grottkauer Zeitung.

Nr. 4. Fernsprecher 84. 39. Jahrgang. Fernsprecher 84. 1919.

Die „Grottkauer Zeitung" erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend.
Bezugspreis vierteljährlich in der Geschäftsstelle 1 Mark, durch die Post bezogen 1 Mark 30 Pfennig. Für einen Monat 45 Pfennig. Einzelnummern kosten 5 Pfennig.

Sonnabend den 11. Januar

Anzeigen-Gebühren für die fünfmal gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., Reklame 25 Pfg. Bei dreimaliger Wiederholung 10 Prozent Rabatt. Anzeigen nimmt die Geschäftsstelle Ring Nr. 1, Dienstag und Freitag bis spätestens **11 Uhr** vormittags entgegen.

Bei Ausbruch von Konkursen, bei gerichtlicher Einforderung der Beträge oder verspäteter Zahlung wird der gewährte Rabatt zurückgezogen. Erfüllungsort für Zahlung ist Grottkau.

Die Kämpfe in Berlin.

Für die Weltrevolution.

Die Kämpfe, die in den Straßen Berlins ausgefochten werden, können nicht mehr anders als mit Bürgerkrieg bezeichnet werden. Es ist weit mehr als bloß ein Kampf der mehrheitssozialistischen Regierung und ihrer Parteianhänger gegen Unabhängige und Spartakusleute, es ist ein Kampf um die Sicherheit der Berliner Millionenstadt, ein Kampf der ordnungsliebenden Elemente gegen den Terror, einen hemmungslosen Radikalismus. Aber auch ein Kampf für die Nationalversammlung, für die Demokratie und für den Frieden.

Das auch jetzt wieder die Hand der russischen Sowjetregierung im Spiele ist, ist ganz offenkundig, denn russische bolschewistische Agitatoren sind eifrig am Werke, um für Spartakus Stimmung zu machen und gegen die Regierung Ebert-Scheidemann aufzuwiegeln. Den russischen Bolschewisten sind die inneren Wirren in Deutschland nur Mittel zum Zweck, sie arbeiten systematisch auf die Entfachung der Weltrevolution hin und wollen, daß die blutige Auseinandersetzung zwischen dem Bolschewismus und dem siegreichen Imperialismus und Kapitalismus der Entente auf deutschem Boden und mit deutscher Unterstützung stattfinden soll. Bewußt und unbewußt arbeiten die Spartakisten der Massenmordpolitik des russischen Bolschewismus in die Hände. Auch sie wollen das deutsche Volk lieber in einem Blutmeer ersäufen, als daß nach diesem furchtbaren Kriege noch einmal die alte Gesellschaftsordnung in Deutschland erstehen soll. Die große Bedeutung der Kämpfe in Berlin wird ja von den Berlinern selbst und auch von der Bevölkerung im Reiche vielfach verkannt. Im unbeteiligten Berliner Bürger liegt die Neugier mit der Angst in beständigem Kampf. Für Tausende und Tausende Berliner Männer und Frauen ist das Geschieße in den Straßen ein Schauspiel, das man sich nicht entgehen lassen mag. Mit widerlicher Begier und hysterischer Anteilnahme harren sie auf das Zusammenprallen der feindlichen Aufgebote. Aber kaum hallt der erste Schuß, bricht die Panik aus und im wüsten Durcheinander sucht ein jeder sich in Sicherheit zu bringen, um bei eintretender Kampfpause doch wieder die unzähmbare Neugier zu befriedigen. Es ist wahrhaftig ein widerliches Schauspiel und stellt der politischen Intelligenz und der moralischen Qualität des Durchschnitts-Berliners das denkbar schlechteste Zeugnis aus.

Im Lande sollte man doch nicht nur auf die Berliner schimpfen, denn der Kampf, dessen Schauplatz Berlin geworden ist, und der zum großen Teil auch von Berlinern ausgefochten wird, ist ein Kampf, an dessen Ausgang das ganze Reich aufs stärkste interessiert ist, nicht nur des Friedens wegen, der wieder in unabsehbare Ferne zu entfliehen droht, sondern auch um der Zukunft unseres ganzen Volkes willen. Der Bolschewismus ist eine Krankheit, die nicht nur breite Massen der Berliner Bevölkerung ergriffen hat, sondern am ganzen Körper unseres Volkes nagt. Vom Ausgang des Kampfes in Berlin wird es wahrscheinlich zumeist abhängen, ob wir dieser Krankheit noch einmal Herr werden können. Und wenn wir darauf bedacht sein wollen, die Einheit des Reiches zu wahren, dann ist die Behauptung nicht übertrieben, daß jetzt in Berlin auch um den Bestand des Deutschen Reiches gekämpft wird. Denn das Reich wird auseinanderfallen, wenn in Berlin eine Regierung Liebknecht-Ledebour zur Herrschaft kommt. Dann ist aber auch gar nicht mehr abzusehen, wann und wie wir zu einem Frieden mit der Entente kommen können. Mit Liebknecht-Ledebour verhandeln die Feinde nicht. Die Folge würde sein, daß einzelne Teile des aufgelösten Reiches in Wettbewerb treten würden, um ähnlich, wie es in der zerfallenen Donaumonarchie der Fall war, mit der Entente zum Frieden zu gelangen. Die katastrophalen Folgen einer solchen Herrschaft sind gar nicht auszudenken. Darum steht bei den Kämpfen in Berlin so ungeheuer viel auf dem Spiele und darum ist es auch der einmütige Wunsch aller guten Deutschen, daß die Regierung sich jetzt entschlossen und stark zeige.

Die Verhandlungen endgültig gescheitert.

Berlin, 9. Januar. Die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung, dem Zentralrat und den revolutionären Obleuten sind nunmehr endgültig gescheitert.

Wie halbamtlich mitgeteilt wird, hatten die revolutionären Obleute dem Zentralrat einen Kompromißvorschlag unterbreitet, wonach sie bereit seien, die besetzten bürgerlichen Zeitungen räumen zu lassen, dagegen soll der „Vorwärts" nicht herausgegeben werden. Die Regierung ging aber auf diesen Vorschlag, der einer Herausforderung allerdings sehr ähnlich sieht, nicht ein. Damit waren die Verhandlungen endgültig gescheitert, und es entspricht nicht den Tatsachen, daß nach diesem Abbruch der Verhandlungen die Unabhängigen noch einen weiteren Vermittlungsvorschlag gemacht hätten. Falsch ist auch die Mitteilung, daß der Belagerungszustand über Berlin verhängt worden sei. Eine solche Maßnahme ist von keiner Seite aus ergangen. WTB.

Festigung der Stellung der Regierung.

Berlin, 9. Januar. Die „Dtsche. Allg. Ztg." schreibt: Von Stunde zu Stunde festigt sich in Berlin die Stellung der Regierung. Neue Verhandlungen mit ihren Gegnern sind nicht aufgenommen. Heute vormittag haben die Volksbeauftragten ihre gewöhnlichen Sitzungen abgehalten. Der Freiwilligenzuzug ist gegenwärtig sehr stark. Die Gesamtverluste der letzten Tage beziffern sich auf 200 Tote und Verwundete.

Ueber die Stimmung der Garnisontruppen erhält die „Dtsche. Allg. Ztg." aus führenden Mannschaftskreisen der Berliner Ersatzbataillone Mitteilungen, nach denen die Ersatzbataillone sich hinter die Regierung Ebert-Scheidemann stellen. Sie haben eine gemeinsame Vertretung in der Kommandantur, die in engem Einvernehmen mit dem Volksbeauftragten Noske arbeitet. WTB.

Berlin, 9. Januar. Im Zentrum tobt seit dem frühen Morgen ein erbitterter zäher Straßenkampf. Ununterbrochen fegt Maschinengewehrfeuer durch die Straßen zwischen Wilhelmstraße und unter den Linden. Die Wilhelmstraße ist vollständig abgesperrt. Wer durch die Postenketten hindurchgeht, setzt sich der Gefahr aus, getroffen zu werden. Die Zahl der Opfer, die bedeutend ist, beträgt nach zuverlässiger Schätzung etwa 200 Tote und Verwundete. Nachmittags griffen die Spartakisten in der Leipzigerstraße, wo sehr großer Verkehr herrscht, mit Maschinengewehren an. Der Eingang zur Wilhelmstraße, die abgesperrt ist, wurde erfolgreich verteidigt. In einem Eckhaus an der Neuen Wilhelmstraße in der Nähe unter den Linden haben sich Spartakistenbanden eingenistet und werden dauernd von Regierungstruppen unter Feuer gehalten. Kleinere umherziehende Banden der Spartakisten plündern die Geschäfte und rauben Soldaten und Zivilisten aus. Unter ihnen befinden sich viele junge Burschen die nur des Plünderns wegen mitlaufen. Sie scheuen sich nicht selbst Regierungstruppen anzufallen, die zur Bewachung nach der Wilhelmstraße ziehen wollen.

Die Regierung hat sich nunmehr dazu entschlossen, zu ihrem Schutze und zum Schutze Berlins die ihr anhängenden Arbeiter und Soldaten zu bewaffnen. Die Bewaffnung ist bereits heute vormittags erfolgt, augenblicklich aber steht die neue Berliner Volkswehr noch Gewehr bei Fuß, um das Ergebnis der Verhandlungen abzuwarten, die zwischen den Unabhängigen und der Regierung eingeleitet sind. Die sozialdemokratische Partei hat die Wiederbewaffnung der Schutzleute zur Verhinderung von Raub und Plünderung beantragt. Die Kommandantur steht dem Wunsche sympathisch gegenüber.

Die Reichsdruckerei,

die sich einige Tage im Besitz der Unabhängigen und Spartakisten befand, ist in der heutigen Nacht zurückerobert worden. Eine sehr starke Besatzung von Regierungstruppen hält das Grundstück besetzt und dürfte es gegen alle Ueberraschungen gesichert sein. Bemerkenswert ist, daß die Einnahme vollkommen unblutig erfolgte. Die spartakistische Besatzung floh, als sie die Regierungstruppen plötzlich vor sich sah. Die Truppen haben alle in der Reichsdruckerei befindlichen Waffen und Munition beschlagnahmt. Von der Direktion wird betont, daß durch die Besatzung nichts vom Staatseigentum entwendet worden ist. Eine bereits vorgenommene Untersuchung hat ergeben, daß alle Platten, die zum Druck der Banknoten dienen, unversehrt sind. Auch die Banknoten selbst sind unberührt geblieben. Der Betrieb der Reichsdruckerei ist am heutigen Morgen wieder voll aufgenommen worden.

Wie in einer Spartakusversammlung bewaffneter Parteianhänger gestern abend bekanntgegeben wurde, sind Spartakusanhänger aus allen Teilen des Reiches nach Berlin unterwegs. Es wurde gleichfalls das Bedauern ausgedrückt, daß die Propaganda in den Berliner Garnisonen ihr Ziel nicht erreicht hat.

Aufforderung zum Generalstreik.

Berlin, 9. Januar. Die revolutionären Obleute und Vertrauensmänner der Groß-Berliner Betriebe, der Zentralvorstand der Unabhängigen sozialistischen Partei Berlins und die Zentrale des Spartakusbundes ließen mittags in den Straßen ein in schärfster Tonart gegen die Regierung Ebert-Scheidemann gerichtetes Flugblatt verteilen, in dem zum Generalstreik und zu den Waffen gerufen wird. Es heißt darin u. a.:

„Auf zum letzten Entscheidungskampf. Der Generalstreik muß Eure erst Antwort sein. Bewaffnet Euch gegen Eure Todfeinde die Ebert-Scheidemann. Zerschmetterung der Revolution, Zerschmetterung der Ebert-Scheidemann, so heißt die Alternative."

WTB.

Kämpfe um die Bahnhöfe und Regierungsgebäude

Berlin, 9. Januar. Die Lage scheint sich zugunsten der Regierung zu wenden. Die Zahl der kampfbereiten Regierungstruppen ist im Wachsen begriffen. Die Bewaffnung der Arbeiter und Bürger schreitet fort. Freiwillige stellen sich in großer Zahl zur Verfügung. Die Regierungstruppen haben ihre Vorposten bis zur Leipziger- und Friedrichstraße und über die Spree hinaus ausgedehnt. Dort wird der Angriff der Spartakisten erwartet. Bis zur Stunde haben sich keine größeren Straßengefechte mehr vollzogen. Dagegen haben sich neue Kämpfe um die in der vergangenen Nacht wieder eroberte Reichsdruckerei entsponnen. Eine wahre Schlacht fand um den Besitz des Schlesischen Bahnhofes statt. Er ist in Händen der Spartakisten geblieben. Die Regierung beabsichtigt, diesen Bahnhof durch Verwendung von Flugzeugen zu säubern. Die Spartakisten haben weitere Regierungsgebäude zu erobern versucht. Es ist ihnen gelungen, die Wumba an sich zu bringen. Sie versuchten auch,

den Lehrter Bahnhof zu stürmen, wurden aber abgeschlagen. Das Berliner Polizeipräsidium, welches das Hauptquartier der Spartakisten ist, wurde von seiten der Regierung von allen Telephonverbindungen abgeschnitten. Der Verkehr wird durch Autos aufrecht erhalten. Die weiblichen Angestellten sind in Autos aus ihren Wohnungen geholt und zwangsweise zum Dienst gebracht worden. Da das Proviantamt noch in Händen der Spartakisten ist, verfügen sie über reichliche Lebensmittel. Von der Berliner Sicherheitswehr haben sich bis jetzt mehr als zwei Drittel gegen Eichhorn erklärt. Die dadurch ausfallenden Mannschaften wurden durch spartakistische Zivilisten ersetzt. Die Lage drängt jetzt zu einer Entscheidung.

Das Proviantamt und die Pionierkaserne sind nach einer späteren Meldung, von Regierungstruppen wieder zurückerobert worden. Auch die Reichsdruckerei befindet sich wieder im Besitz der Regierungssoldaten. Es ist gelungen, die reichen Bestände an Papiergeld in Sicherheit zu bringen.

Das Organ der Spartakusgruppe, „Die Rote Fahne", ist heute wieder erschienen und sie erklärt, daß es keine Ruhe geben weede. Die Revolutionäre sind demnach der Hoffnung, daß der Kampf mit einem endgültigen Siege des revolutionären Proletariats endigen werde.

Befristete Verlängerung des Waffenstillstandes.

Amtlich wird mitgeteilt: Von Marschall Foch ist beim Vorsitzenden der deutschen Waffenstillstandskommission folgendes Telegramm eingelaufen:

Das Waffenstillstandsabkommen, das am 12. und 13. Dezember erneuert worden war, läuft am 17. Januar ab. Die Verlängerung über diesen Zeitpunkt hinaus bis zur Unterzeichnung des Präliminarfriedens hat nicht die Zustimmung der alliierten Regierungen gefunden. Infolge dieser Sachlage haben sich die alliierten und deutschen Bevollmächtigten, welche die Abmachung vom 11. November und vom 13. Dezember getroffen haben, zu einer Beratung zu vereinigen, um über die Verlängerung des Waffenstillstandes über den 17. Januar hinaus zu beschließen. Der Oberkommandierende der Alliierten hat die Ehre, dem deutschen Oberkommando vorzuschlagen, diese Zusammenkunft möge am 14. oder 15. Januar vormittag in Trier stattfinden unter denselben Bedingungen wie im Monat Dezember.

Die Friedenskonferenz.

Die erste Besprechung über die Friedenskonferenz wird am 13. Januar durch einen Meinungsaustausch zwischen den Ministerien von Frankreich, England, den Vereinigten Staaten und Italien eingeleitet werden. Eine Vollsitzung wird wahrscheinlich am 18. Januar stattfinden, der auch die Vertreter derjenigen Mächte beiwohnen werden, die mit den Zentralmächten die diplomatischen Verbindungen abgebrochen haben.

Baldige Friedensbesprechungen?

Wie „Algemeen Handelsblad" aus Paris gemeldet wird, werden die Friedensbesprechungen, sobald Clemenceau von seinem jetzigen Urlaub zurückgekehrt ist, unverzüglich beginnen.

Entente-Drohungen wegen des Spartakus-Putsches.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" schreibt regierungsoffiziös: Die bedauerlichen Vorgänge in Berlin am Sonntag und Montag haben nach bereits vorliegenden Depeschen der deutschen Vertreter eine geradezu verhängnisvolle Wirkung auf unsere außenpolitische Lage gehabt.

Die Vertreter der Entente haben sich bereits erkundigt ob Deutschland nach diesen Ereignissen in der Lage sei, seinen finanziellen Verpflichtungen zu entsprechen. Sie verlangen Sicherheit für die Erfüllung ihrer Forderungen und drohen, sich eventuell diese Sicherheiten auf eigene Faust zu verschaffen. Wenn sich das deutsche Volk nicht im letzten Augenblick gegen Spartakus zur Wehr setze, so droht dieser „Sklavenbefreier" uns in die ewige Schuldknechtschaft der siegreichen Entente zu setzen.

Die Schadenersatzforderungen der Entente an Deutschland.

Wie in römischen Regierungskreisen verlautet, sind infolge der ins Unglaubliche gehenden Forderungen einzelner Staaten an Deutschland ernste Schwierigkeiten unter den Alliierten zu erwarten. Man hält es für ratsam, die Ansprüche gemeinsam zu prüfen, ob sie durchführbar sind. Von Wilson habe man den Eindruck gewonnen, daß er den Standpunkt vertritt außer der Wiederherstellung Belgiens keine Entschädigungen von Deutschland zu fordern. Italien müsse seine Ansprüche mäßigen, um die Sympathie Amerikas zu behalten.

Hilfe von außen.

„Daily Mail" meldet: Wichtige Beschlüsse, die nicht einmal angedeutet werden können, stehen zur Abwehr des Bolschewismus in Europa bevor.

Argentinien will Lebensmittel nach Deutschland ausführen.

Wie aus Buenos Aires berichtet wird, haben argentinische Exporteure die Regierung um die Erlaubnis zur Ausfuhr von Lebensmitteln, hauptsächlich von Fetten und Kolonialprodukten nach Deutschland ersucht, die von deutschen Kaufleuten gekauft und bezahlt sind. Die Exporteure wollen deutsche Maschinen importieren. Argentinien werde sich mit den Alliierten dieserhalb in Verbindung setzen.

Ueberführung Mackensens nach Frankreich.

„Daily Mail" meldet, daß Feldmarschall Mackensen von Saloniki nach Frankreich übergeführt werden wird.

Ludendorff wieder in Deutschland.

Wie die „Leipziger Neuest. Nachrichten" erfahren, ist der ehemalige Generalquartiermeister Ludendorff von seiner Erholungsreise nach Schweden, die er mit Zustimmung der Regierung unternommen hatte, zurückgekehrt. Er ist gegenwartig mit der Abfassung einer Rechtfertigungsschrift beschäftigt.

Unruhen im britischen Heere.

Haag, 9. Januar. Aus London wird gemeldet: Die Arbeiter- und Soldaten-Unruhen in England gehen immer weiter. Zwar ist der Eisenbahndienst nicht vollkommen gestört, aber auf großen Strecken liegen alle Verbindungen still. Es wurden in mehreren militärischen Zentren Versammlungen abgehalten, die eine Beschleunigung der Demobilisation verlangen und die sich weigern, jetzt an die Front zu gehen. In den meisten Fällen haben die Führer die Erfüllung ihrer Wünsche versprochen oder auf eigene Faust Maßnahmen zur Beschleunigung der Demobilisation getroffen.

Die englische Presse beginnt nach den neuerlichen Kundgebungen der Soldaten in Whitehall den Ernst der Lage einzusehen. WTB.

Großer Arbeiterausstand in England.

London, 9. Januar. Anläßlich des Streiks wegen der 47 stündigen Arbeitswoche ist es in den Maschinen- und Schiffsbau-Zentren zu ernsten Schwierigkeiten gekommen. Die größten Schwierigkeiten sind an der Nordostküste entstanden, wo zehntausend Mann gestern als Protest gegen diesen Plan die Arbeitsstätte verließen. Die Nieter und andere Akkordarbeiter auf den Werften in Blyth haben die Arbeit niedergelegt. Auch die Kesselmacher und Arbeiter in einigen Maschinenfabriken sind in den Ausstand getreten.

Der polnische Volksrat beherrscht Posen.

Posen, 9. Januar. In einer Bekanntmachung erklärt der oberste polnische Volksrat, daß durch die Macht der Ereignisse der letzten Tage sowohl die Regierung als auch die Militärgewalt auf die Polen übergegangen seien. Die bisherigen Behörden hätten sich außerstande erklärt, Ruhe, Ordnung und öffentliche Sicherheit aufrecht zu erhalten. Der Arbeiter- und Soldatenrat sei machtlos. Die Unordnung nehme zu. Infolgedessen übernehme er die Leitung der Regierung und der Militärangelegenheiten, die endgültige Regelung der polnischen Frage dem Friedenskongreß überlassend. Die Bekanntmachung besagt dann u. a. weiter, daß sämtliche Zivil- und Militärbehörden von jetzt ab der Leitung des obersten politischen Volksrates unterstehen. Die Beamten werden aufgefordert ihre Stellungen nicht aufzugeben.

Der deutschen und jüdischen Bevölkerung wird die Sicherheit des Lebens und Eigentums zugesichert. Sämtliche Mittel und Vorräte, soweit sie Staatseigentum sind, gehen in die Obhut und Kontrolle des obersten polnischen Volksrates über. Ueber die Einführung der polnischen Sprache in den Schulen, die Uebernahme der höchsten Behörden und über die Regelung der Ein- und Ausfuhr von Lebensmitteln werden besondere Anordnungen ergehen. WTB.

Verhandlungen mit den Polen.

Heute wurde zwischen einem Berliner Regierungsvertreter und den obersten polnischen Behörden verhandelt, um das zwecklose Blutvergießen zu vermeiden. Das Generalkommando des 2. Armeekorps nimmt an den Verhandlungen teil. Es wird eine Verständigung erhofft.

Der Bergarbeiterausstand im Ruhrrevier.

Essen a. d. R., 9. Januar. Durch den Bergarbeiterausschuß wird dem WTB. von zuständiger Seite mitgeteilt, daß bei der heutigen Morgenschicht die Belegschaften von 16 Schachtanlagen, hauptsächlich im Mülheimer, Oberhausener und Essener Bezirk, größtenteils nicht eingefahren sind. Die Gesamtzahl der bei der heutigen Morgenschicht ausständigen Arbeiter beträgt 11 156. WTB.

Die Erfüllung der Wünsche der Oberschlesier.

Die Pressestelle des Volksrates zu Breslau teilt mit: Die in der Provinzial-Volksausschußsitzung vom 30. Dezember 1918 der preußischen Regierung vorgelegten Leitsätze über die Regelung der oberschlesischen Frage haben der Regierung zur Beschlußfassung vorgelegen.

Die Regierung hat der Besetzung leitender Beamtenstellen nach erfolgter Beurlaubung oder anderweitiger Verwendung der gegenwärtigen Stellen-Inhaber im Staatsdienst durch eine stärkere Heranziehung katholischer, mit den oberschlesischen Verhältnissen vertrauter Persönlichkeiten zugestimmt. Gegebenenfalls sind diese Stellen kommissarisch durch solche Personen zu verwalten. Die Auswahl der geeigneten Persönlichkeiten wird nach Anhörung des Volksrates zu Breslau, Zentralrat für die Provinz Schlesien, erfolgen.

Die Freiheit der Religionsausübung und die Erteilung des Religionsunterrichts in der Muttersprache sowie die Anträge auf Respektierung der oberschlesischen kirchlichen Verhältnisse in religiöser, politischer und wirtschaftlicher Beziehung haben die grundsätzliche Billigung der Regierung gefunden. Ebenso ist der Errichtung einer fürstbischöflichen Delegation für Oberschlesien zugestimmt worden. Bevor Anordnungen erlassen werden, die wichtige oberschlesische Interessen berühren, werden die zuständigen schlesischen Behörden gehört werden.

Die Bestellung eines besonderen Kommissars zur ständigen Vertretung der Wünsche Oberschlesiens beim Oberpräsidenten und dem Volksrat zu Breslau ist in Aussicht genommen. Ueber die Abgrenzung seines Geschäftsbereichs werden die erforderlichen Verhandlungen sofort in Angriff genommen werden.

Die Stellungnahme der preußischen Regierung bedeutet also die Erfüllung der berechtigten Wünsche des Provinzialvolksausschusses und damit Oberschlesiens.

Kritische Lage für Oberschlesien.

Breslau, 9. Januar. Der Volksrat zu Breslau teilt mit: Ueber Beuthen OS. ist der Belagerungszustand verhängt worden.

Oppeln, 9. Januar. In Königshütte herrscht jetzt Ruhe. Die nächsten Tage dürften wohl für Oberschlesien sehr kritisch werden, da die Polen mit allen Mitteln die Wahlhandlung für die Nationalversammlung zu stören drohen. Wenn den törichten Forderungen der spartakistischen Arbeiter auf Entfernung des Militärs nachgegeben würde, wäre es wohl gewiß, daß wir um den 19. Januar herum in Oberschlesien Aehnliches erleben wie in Posen. Es ist klar, daß hinter den Spartakisten auch polnische Hetzer stehen, die ganz andere Ziele verfolgen, als die Anhänger Liebknechts.

In Heinitzgrube fordern die streikenden Arbeiter die Entfernung jeglichen Militärschutzes, die Entfernung der Regierung Ebert-Scheidemann und drohen bis zur Aufrichtung der Regierung Liebknecht mit dem allgemeinen Ausstand. Weiter fordern sie die Oeffnung der polnischen Grenzen. Also auch hier wieder eine Verquickung der Spartakisten mit polnischen Interessen.

Die Streiklage.

Beuthen, 9. Januar. Der Betrieb auf der Heinitzgrube ruht heute vollständig. Die Belegschaft beteiligt sich an der heute in Königshütte stattfindenden Beerdigung der am Sonnabend Gefallenen. Auf der Nadzionkau-Grube sind die Arbeiter teilweise eingefahren mit Ausnahme der Beamten. Auf den Gruben der Berg-Inspektion Königshütte ist der Grubenbetrieb heute wieder aufgenommen worden. Die Myslowitz-Grube, die gestern stillag, nahm die Arbeit heute wieder auf. WTB.

Die Tschechengefahr für die Grafschaft Glatz.

Die von den Tschechen beabsichtigte Annexion schlesischer Gebietsteile veranlaßte Behörden und Vereine der Grafschaft Glatz, in den letzten Tagen in verschiedenen Städten und Ortschaften Protestversammlungen einzuberufen. Sämtliche Versammlungen waren überaus stark besucht und lieferten den Beweis, daß die Bewohnerschaft der Grafschaft den Gelüsten der Tschechen mit Entschiedenheit entgegenzutreten bestrebt ist.

Zu einer besonders eindrucksvollen Kundgebung gegenüber den tschechischen Bestrebungen gestaltete sich eine in Habelschwerdt abgehaltene Protestversammlung, die von nahezu 1500 Personen aus allen Bevölkerungsschichten von Stadt und Kreis besucht war. Nach Vorträgen des Rechtsanwalts Boese-Habelschwerdt

Extra-Beilage zu Nr. 4

der

„Grottkauer Zeitung".

Grottkau, den 11. Januar 1919.

Grottkau, den 27. Dezember 1918. Auf Grund der Verordnung des Rats der Volksbeauftragten vom 14. d. Mts. wird auch den **Empfängern einer Altersrente** für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1919 eine **monatliche, im voraus zahlbare Zulage von acht Mark** zu ihrer Rente gewährt. Die Zahlung der Zulage erfolgt ohne besonderen Antrag durch diejenige Postanstalt, welche die Rente zahlt, **gegen Vorlage der Zulagequittung Nr. 6.**

Die **Ortsbehörden** des Kreises ersuchen wir, dies alsbald in ortsüblicher Weise zur allgemeinen Kenntnis und insbesondere zur Kenntnis der Altersrentenempfänger zu bringen. **Der Bedarf an Zulagequittungen** (A 6) ist uns für das ganze Jahr 1919 spätestens bis zum **10. Januar l. Js.** zu melden.

Das Versicherungsamt. Thilo, Landrat.

Grottkau, den 23. Dezember 1918. Auf die erlassenen **Ausfuhrverbote**

a) **für Fleisch und Fleischwaren** laut Anordnung vom 27. April 1916 — siehe Kreisblatt Extra-Beilage zu Stück 17 für 1916, S. 127/128 — und

b) **für lebende oder geschlachtete Gänse** laut Anordnung vom 24. November 1917 — siehe Kreisblatt Stück 47 für 1917, S. 462/463 —

c) **für Ziegen und Ziegenfleisch** laut Anordnung vom 3. Oktober 1918 — siehe Kreisblatt Stück 39 für 1918 S. 265 —

wird hiermit nochmals besonders hingewiesen.

Die **Ortsbehörden** ersuche ich, vorstehenden Hinweis **sofort** ortsüblich bekannt zu machen.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
Thilo, Landrat.

Anordnung über Reichsreisebrotmarken.

Auf Grund der §§ 58, 59, 71, 80 und 81 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1918 vom 29. Mai 1918 — R.-G.-Bl. S. 425 — in Verbindung mit der Preußischen Ausführungsanweisung dazu wird für den Kreis Grottkau folgende Anordnung erlassen:

§ 1. Die Reichsreisebrotmarken dienen zur Brotversorgung innerhalb des Gebiets des Deutschen Reiches bei Reisen und bei einer dauernden Verlegung des Aufenthaltsortes (Umzug). Ihre Einlösung ist an eine bestimmte Frist nicht gebunden.

Das Wort Reichsreisebrotmarken ist im folgenden abgekürzt mit „Rbm" bezeichnet.

§ 2. Die Rbm. lauten auf 50 Gramm Gebäck. Die Rbm. werden in Bogen zu je 10 Stück ausgegeben.

Im Falle des Bezugs von Mehl sind auf eine Rbm. über 50 Gramm Gebäck 35 Gramm Mehl zu verabfolgen.

§ 3. **Versorgungsberechtigten** dürfen im Laufe einer kommunalen Versorgungsperiode, für die sie bereits mit örtlichen Brotkarten versehen sind, von den Brotkartenausgabestellen des Kommunalverbandes Rbm. nur gegen sofortige Rückgabe einer entsprechenden Anzahl örtlicher Brotkarten oder einer entsprechenden Anzahl von Einzelabschnitten einer solchen ausgehändigt werden. Erfolgt die Aushändigung der Rbm. für eine Zeit, für die der Versorgungsberechtigte noch nicht im Besitz örtlicher Brotkarten ist, so hat die Ausgabestelle die Aushändigung der Rbm. sorgfältigst zu vermerken und bei Aushändigung der örtlichen Brotkarten für die nächste Versorgungsperiode eine entsprechende Anzahl von Brotkarten oder Einzelabschnitten einer solchen einzubehalten.

Selbstversorger dürfen Rbm. nur im Umtausch gegen die Mahlkarte oder unter entsprechender Kürzung der ihnen zur Vermahlung für den nächsten Versorgungsabschnitt zustehenden Getreidemengen auf der Mahlkarte erhalten.

Zu diesem Zweck haben die Ausgabestellen die verabfolgte Menge an Rbm. und die Namen der Selbstversorger bei Einreichung der vorbereiteten Mahlkarten beim Kreisausschuß stets mit anzuzeigen. Die Ablieferungsschuldigkeit der Selbstversorger erhöht sich um eine den bezogenen Rbm. entsprechende Getreidemenge.

Diese Getreidemenge hat der Selbstversorger unseren Kommissionären abzuliefern und zwar über die als Ablieferungsschuldigkeit mitgeteilte Getreidemenge hinaus.

§ 4. Den Verbrauchern ist für jeden Reisetag eine bestimmte Anzahl von Rbm. auszuhändigen. Diese Anzahl wird jeweilig vom Direktorium der Reichsgetreidestelle nach Maßgabe der den Versorgungsberechtigten zustehenden Tageskopfmengen an Mehl festgesetzt, und wird jedesmal im Kreisblatt veröffentlicht, ist also nicht nach der im hiesigen Bezirk gewährten Wochenkopfmenge an Brot zu bemessen.

Der Wiedereintausch von Rbm. in örtliche Brotkarten ist zulässig.

§ 5. Personen, die zulageberechtigt sind, also Brotzusatzkarten beziehen, ist außer der ihnen nach § 4 zustehenden Anzahl an Rbm. noch eine der Gebäckmenge, über die die Brotzusatzkarte lautet, entsprechende Anzahl von Rbm. zu gewähren.

§ 6. Bei Reisen bis zur Dauer von 14 Tagen sind die örtlichen Brotkarten ohne weiteres gegen Rbm. einzutauschen.

Bei längeren Reisen, bei denen die Abmeldung aus der bisherigen Lebensmittelversorgung zu erfolgen hat, sind dem Reisenden unter Einziehung der in seinem Besitz befindlichen örtlichen Brotmarken Rbm. bis zur Dauer von 3 Monaten auszuhändigen (gegebenenfalls nachzusenden), auch wenn eine noch längere Reisedauer behauptet wird. Nach Ablauf der 3 Monate ist der Reisende von dem Kommunalverband, in dem er zugereist ist, mit örtlichen Brotkarten zu versehen. **In der auszustellenden Abmeldebescheinigung ist der Zeitraum, für den Rbm. ausgehändigt worden sind, zu**

vermerken. Auch ist dieser Vermerk in der Brotkarten-ausgabeliste der betreffenden Person anzubringen.

Bei dauerndem Wechsel des Aufenthalts (Umzug) sind dem Wegziehenden auf Wunsch Rbm. für eine kurze Zeit unter Aufnahme eines entsprechenden Vermerks in der Abmeldebescheinigung auszuhändigen.

§ 7. Die Bäcker und Mehlhändler haben die von ihnen vereinnahmten Rbm. **sofort nach Empfangnahme mittels kreuzweisen Durchstreichens mit Tinte oder Tintenstift,** (nicht Bleistift) **zu entwerten,** und zwar müssen die **einzelnen** Marken durchstrichen werden. Das Durchstreichen des ganzen Bogens genügt nicht. Die entwerteten Rbm. haben die Bäcker und Mehlhändler zu sammeln und **allwöchentlich an die Brotmarkenausgabestelle ihres Wohnortes** abzuliefern. Die Brotmarkenausgabestellen haben über die abgelieferten **entwerteten** Rbm Quittung zu erteilen und die gesammelten Rbm. immer **alsbald** an den Kreisausschuß in Grottkau einzusenden. Über etwa von den Bäckern und Mehlhändlern vorgelegte unentwertete Marken dürfen Quittungen **nicht** erteilt werden. Unentwertete Marken sind vielmehr **einzuziehen** und dem Kreisausschuß mit einzusenden.

§ 8. In Gasthäusern, Speiseanstalten, Kaffeeschanks, darf Brot und Semmel nur gegen Brotkarte bezw. Rbm. verabfolgt werden.

§ 9. Rbm. können anstatt der kommunalen Brotkarte auch alle diejenigen Personen ausgehändigt erhalten, die der kommunalen Brotversorgung nicht unterstehen. Es sind dies insbesondere die Militärurlauber.

Militärurlaubern steht nur die gleiche Brotration wie der versorgungsberechtigten Zivilbevölkerung zu; sie dürfen mithin nicht ohne weiteres, also nicht schon auf Grund ihrer Eigenschaft als Militärurlauber, Zulagen erhalten, sondern nur, soweit sie als Schwer- oder Schwerstarbeiter tätig sind.

Militärurlaubern ist eine der örtlichen Wochenbrotmenge entsprechende Anzahl von Rbm. auszuhändigen.

Eine Kürzung der Brotration wie bei der Zivilbevölkerung findet bei Militärurlaubern **nicht** statt. Beträgt die Wochenbrotmenge z. B. 2000 Gramm, so sind 40 Rbm. über je 50 Gramm Gebäck für jede Woche auszuhändigen.

Die Rbm. dürfen nur an dem auf dem Urlaubsschein vermerkten Urlaubsort ausgehändigt werden.

Die Versorgungsdauer beginnt mit dem Tage des Eintreffens am Urlaubsort und endet mit dem auf dem Urlaubsschein hierfür ausdrücklich vermerkten Tage.

Die Anzahl der ausgehändigten Rbm. und der Zeitraum, für den sie ausgehändigt worden sind, sind **auf dem Urlaubsschein** zu vermerken.

§ 10. Die Ortsbehörden (Ausgabestellen von Lebensmittelkarten) haben Nachweisungen über die Ausgabe von Rbm. an Militärurlauber zu führen. Diese Nachweisungen müssen mindestens enthalten:

1. Name des Urlaubers,
2. Dienstgrad,
3. Truppenteil oder Behörde,
4. Zeitraum, für den Rbm. und Zuckermarken verabfolgt worden sind,
5. Gewichtsmenge des Gebäcks, die verabfolgt worden ist,
6. Gewichtsmenge des Zuckers, der in Marken verabfolgt worden ist und
7. Quittung des Empfängers.

Nach Verbrauch der vorschußweise gesandten Rbm. und Zuckermarken, sind in der Nachweisung die Zahl der Urlaubstage und die angegebene Gebäck- und Zuckermenge aufzurechnen und die Nachweisung ist alsbald dem Kreisausschuß in Grottkau einzusenden, welcher erst neuen Vorschuß an Marken gibt, wenn diese Nachweisung bei ihm eingegangen ist.

§ 11. Für Arbeiter, insbesondere Monteure, die von ihrem Werk zur vorübergehenden Tätigkeit außerhalb des Kommunalverbandes in dem das Werk seinen Sitz hat, verwendet werden (Außenarbeiter), hat es hinsichtlich der Grundration bei den allgemeinen Bestimmungen sein Bewenden. Die Außenarbeiter haben also die vom Direktorium der Reichsgetreidestelle für jeden Reisetag bestimmte Anzahl von Rbm. zu erhalten.

Für den Bezug der Brotzulage gilt folgendes:

1. Für die Anerkennung eines Außenarbeiters als Schwer- oder Schwerstarbeiter bleibt der Kommunalverband, in dem das den betreffenden Arbeiter ständig beschäftigende Werk seinen Sitz hat, auch während der auswärtigen Beschäftigung zuständig. Dieser Kommunalverband also und nicht der der vorübergehenden Arbeitsstätte hat unter Hinzuziehung des Arbeiterausschusses zu entscheiden, welche Zulage, in welcher Höhe und für welche Zeitdauer den Außenarbeitern zu gewähren ist.
2. Von dem Kommunalverbande, der gemäß Ziffer 1 Entscheidung getroffen hat, ist eine der festgesetzten Zulagemenge entsprechende Anzahl Rbm., also ohne eine Kürzung, wie sie bei der Grundration eintritt, unmittelbar den Außenarbeitern auszuhändigen oder dem Werke zur Nachsendung an sie zu übergeben.

§ 12. Auslandsfremden ist gegen Vorlegung des Reisepasses eine der örtlichen Wochenbrotmenge entsprechende Anzahl von Rbm. zu verabfolgen.

Eine Eintragung der Anzahl der ausgehändigten Rbm. und des Zeitraumes, für den sie ausgehändigt worden sind, darf — anders wie bei den Militärurlaubern — auf dem Reisepaß nicht erfolgen, da dies mit den paßpolizeilichen Vorschriften nicht vereinbar ist; es muß den Ausländern vielmehr eine besondere Bescheinigung hierüber ausgehändigt werden. Die Vorlage dieser Bescheinigung ist zu fordern, wenn der Auslandsfremde nach Ausweis seines Passes bereits aus einem anderen inländischen Kommunalverband zugereist ist.

§ 13. Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung und die unbefugte Herstellung von Rbm. werden, sofern nicht nach anderen Bestimmungen eine höhere Bestrafung verwirkt ist, nach § 80 Ziffer 12 der Reichsgetreideordnung vom 29. Mai 1918 mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 14. Diese Anordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung im Kreisblatt in Kraft. Mit dem gleichen Tage tritt die Anordnung vom 27. Februar 1918 — Kreisblatt 1918, Seite 61 — außer Kraft.

Grottkau, den 25. Dezember 1918.

Der Kreisausschuß des Kreises Grottkau.
Thilo, Landrat.

Grottkau, den 25. Dezember 1918. Die **Ortsbehörden** haben vorstehende Anordnung **sofort** ortsüblich bekannt zu machen.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
Thilo, Landrat.

Veröffentlicht.

Grottkau, den 10. Januar 1919.

Der Magistrat.

Buchdruckerei Konrad Menzel, Seiferts Nachfl. in Grottkau.

und des Landrichters von Zastrow-Birgnitz wurde folgende Rechtsverwahrung einstimmig angenommen: „Wir Grafschafter jeden Standes, jeden religiösen und politischen Bekenntnisses, verwahren uns entschieden dagegen, tschechisch zu werden. Wir wollen mit dem tschechischen Volke in friedlicher Nachbarschaft leben, aber wir bekennen uns als deutsches Volk seit Jahrhunderten und verbitten uns jede Vergewaltigung." Die gleiche Entschließung wurde in einer von mehreren Vereinen einberufenen Versammlung in Birgnitz angenommen.

Flammenden Protest gegen Lostrennungsbestrebungen von tschechischer Seite erhob man auch in Neurode gelegentlich der vom Vaterländischen Frauenverein zu Ehren der heimgekehrten Krieger veranstalteten Begrüßungsfeier. Es wurde folgende Entschließung angenommen: „Ueber 700 aus dem Felde heimgekehrte Krieger und die zu ihrer Begrüßung versammelten Neuroder Bürger und Bürgerinnen erheben einmütig flammenden Widerspruch gegen Gedanken der Lostrennung der rein deutschen Grafschaft Glatz vom Deutschen Reiche. Sie erklären ausdrücklich, daß sie Deutsche sind und Deutsche bleiben wollen."

Lokales und Provinzielles.

Grottkau, den 10. Januar 1919.

Gründung einer Ortsgruppe des Kath. Frauenbundes.

Mittwoch, den 8. d. Mts. wurde hier eine Ortsgruppe des Kath. Frauenbundes Deutschlands gegründet. Nach den einleitenden Worten des Herrn Pfarrer und nach der Vorstandswahl sprach die 1. Vorsitzende über die Ziele dieser Vereinigung, die über ganz Deutschland verbreitet ist. Diese sind folgende: 1. Wiederaufbau der menschlichen Gesellschaft auf den Grundsätzen der Gerechtigkeit und Liebe. 2. Erhaltung der Religion in der Schule und im öffentlichen Leben. Vollständige Freiheit für unsere Schwesternorden. 3. Erhaltung der christlichen Caritas und der privaten Wohlfahrtspflege. 4. Besondere Frauenfragen: a) Frauenfragen sollen von Frauen vertreten werden, so daß in Fragen der Kindererziehung, der Familie, bei der Behandlung der Jugendlichen ihnen beschließende Stimme in öffentlichem Rate erteilt werde. b) Die christliche Ehe darf nicht gefährdet werden. Schutzbestimmungen für die Familie sollen kommen, Erleichterung in Wohnungs-, Versicherungs- und Steuerfragen muß für kinderreiche Familien geschaffen werden. c) Der Bund verlangt Schutz des Kindes. Wir wollen unsere Kinder, unsere Jugend für uns selbst. d) Wir nehmen den Kampf gegen die öffentliche Unsittlichkeit in unser Programm auf. e) Wir verlangen gerechte Entlohnung der Frauenarbeit. Bei gleichen Pflichten kein Herabdrücken der Löhne für die Frau. f) Volles Inkrafttreten und Erweiterung der Arbeiterinnenschutz-Gesetzgebung. g) Einen vollgültigen Ersatz für die Gesindeordnung, nicht ein Surrogat, nur von einigen Berliner Hausfrauen dargeboten. h) Wir verlangen die Fortbildungsschule für Mädchen, eine pflichtgemäße, hauswirtschaftliche Ausbildung für alle Stände. i) Der Kath. Frauenbund fordert Verstärkung des weiblichen Einflusses in den öffentlichen Mädchenschulen, deren Leitung in die Hände von Frauen gelegt werden soll. Für zum Studium befähigte, tüchtige Frauen soll freie Bahn geschaffen werden. — Alle anwesenden Frauen meldeten sich zum Beitritt.

— Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im schlesischen Handwerk. Wie wir hören, bereiten die schlesischen Behörden zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im heimischen Handwerk die Vergebung sehr bedeutender Aufträge an das heimische Handwerk vor. Es handelt sich, soweit sich diese Vorbereitungen heute übersehen lassen, um Aufträge in Höhe von etwa 8 Millionen Mark. Sie dürften den Wirtschaftsstellen der Handwerkskammern in Liegnitz, Breslau und Oppeln zur Weiterleitung an die einzelnen Innungsmitglieder überschrieben werden.

— Auch eine Errungenschaft der Revolution. In einer Betrachtung über die gegenwärtigen politischen Zustände in Deutschland schreibt der „Berliner Lokalanzeiger": „Mit durchschlagendem Erfolg ist im Sturm der Revolution nur die Sozialisierung der Umgangssprache erfolgt. Lümmel, Mörder, Schuft, Bluthund, Lumpenpack, Gesindel usw. sind Ausdrücke des täglichen Bedarfs geworden. Wir finden sie in den Zeitungen, von denen die Revolution und ihre Errungenschaften immer aufs neue gepriesen werden. Die „Rote Fahne", die „Freiheit", der „Vorwärts" und das „Berliner Tageblatt" verständigen sich auf diese Weise untereinander und mit der Außenwelt. Bei einer bürgerlichen Mehrheit der Nationalversammlung würden wir zur parlamentarischen Umgangssprache zurückkehren, die uns erlaubte, auch mit anderen Völkern wieder zu verkehren. Was müssen sie wohl denken, wenn wir uns gegenseitig mit so prächtigen Kosenamen bezeichnen. Das Bürgertum muß dafür sorgen, daß sie solchen Sprachschatz nicht als angemessen für uns halten." — Das Blatt hat durchaus recht. Leider aber ist diese Umgangssprache der Revolutionäre nicht nur in ihrer Presse und in ihren Versammlungen üblich geworden, sondern auch bei Demonstrationen und Gesprächen auf offener Straße. Und die schlimmste Folge ist, daß sie auch die Jugend angesteckt hat, und sich eine erschreckende Verrohung in Ausdrucksweise, Ton und Betragen der Jugend allenthalben auf den Straßen bemerkbar macht, die uns noch lange an die „glorreichen Revolutionstage" erinnern wird.

Rybnik. Viehdiebstähle kommen jetzt oft vor. In den meisten Fällen wird dem „Bestohlenen" das Geld für das Vieh unter die Krippe oder auf die Stallschwelle gelegt, denn es handelt sich um keinen Diebstahl, sondern um einen vorher verabredeten Kauf zum Zwecke des heimlichen Schlachtens. Dieser Kauf muß, da der Besitzer offen das Vieh nicht verkaufen darf, dann durch den angeblichen Diebstahl gedeckt werden. Unsere heimlichen Schlächtereien wissen sich eben zu helfen. — So schreibt die „Rybn. Ztg."

Beuthen OS. Aus dem hiesigen Gerichtsgefängnis sind 38 Strafgefangene in Gefängniskleidung entwichen. Die Spuren der Flüchtlinge weisen nach Gleiwitz.

Brieg. Beschlagnahme von Lebensmitteln. Auf dem hiesigen Bahnhof wurde ein Waggon Mehl beschlagnahmt, enthaltend 50 Sack Weizen-, 34 Sack Roggen- und 40 Sack Gerstenmehl. Der Waggon stammt aus der Alzenauer Mühle und sollte unter falscher Deklarierung nach auswärts verschoben werden. Der Soldatenrat hat ferner in Dobern 436 Pfd. Erbsen, Roggenmehl, Gersten- und Weizenmehl, Leinsamen und 89 Pfd. Speck beschlagnahmt. Alle Waren wurden den einzelnen Aufbewahrungsstellen hier zugewiesen.

Breslau. Feuer. Einer Feuersbrunst fiel Mittwoch früh ein Hauptlagerraum des Militärbekleidungsamtes auf der Posener Straße zum Opfer. Der angerichtete Schaden beläuft sich nach amtlicher Meldung auf Hunderttausende von Mark. Neben anderen wertvollen militärischen Ausrüstungsstücken, sowie Munition, sind namhafte Bestände von Bekleidungsmaterial, wie Wollwaren, Wäsche, Winterbekleidung usw. vernichtet worden. Aller Wahrscheinlichkeit nach liegt Brandstiftung vor, die zur Verdeckung eines nachts in den Lagerraum erfolgten Einbruches verübt worden ist. Auffällig erscheint die Tatsache, daß die militärischen Sicherheitsposten angeblich nicht eher etwas von dem Brande gemerkt haben, als bis das Gebäude bereits in Flammen stand, sowie der Umstand, daß einer dieser Sicherheitsposten spurlos verschwunden war. Nach einer Mitteilung scheint es sich um eine Brandstiftung von feindlicher, vielleicht polnischer Seite zu handeln, um die Ausrüstung freiwilliger Wehrmannschaft zu unterbinden.

Breslau. Schlesiens Schutz vor den Bolschewisten. Ueber die neue Weltgefahr und Schlesiens Schutz vor den Bolschewisten sprach Dr. Sabel aus Berlin. Es wurde folgende Entschließung angenommen: „Wir fordern das ganze schlesische Volk zur Selbsthilfe auf. Berlin hat versagt; die deutsche Regierung scheut vor der Tat zurück. Wie einst 1813 der Ruf von Breslau ertönte, so laute heute der Ruf: Auf zum Kampf gegen den inneren Feind, gegen die wütend gewordenen Zerstörer aller Kultur. Unter Beiseitesetzung aller Parteiunterschiede fordern wir von der Regierung tatkräftigen Schutz selbst mit Waffengewalt gegen die Bolschewisten.

Schweidnitz. Den Gipfel der Gaunerfrechheit dürften Einbrecher erreicht haben, die in der vergangenen Nacht in das Anwesen des Gutsbesitzers Fuhrmann in Seiferdau eindrangen, dort sechs Kälber stahlen, alle diese sechs Kälber — am Tatort schlachteten und trotzdem wurde von diesem großen Schlachtfest auf dem Gute absolut nichts gespürt. Die raffinierten Einbrecher sind unbekannt mit ihrer Beute entkommen.

Striegau. Fabrikbrand. Der größte Teil der Zuckerfabrik Gulschdorf ist in Flammen aufgegangen. Der Brand, dessen Entstehungsursache vielleicht Selbstentzündung ist, begann gegen ½6 Uhr abends. Er verbreitete sich bei dem herrschenden Sturme sehr schnell, äscherte das Hauptgebäude und die Schnitzelkörre vollständig ein und griff auf die Nebengebäude über, sie teilweise zerstörend. Der Schaden soll sehr bedeutend sein. Der ganze vorhandene weiße Zucker ist mitverbrannt, während der Rohzucker unversehrt geblieben ist.

Goldberg. Ausfall der Krammärkte. Hier ist ein Bedürfnis für Abhaltung von Krammärkten verneint worden, denn der Provinzialrat in Breslau hat genehmigt, daß die auf den 13. Januar und 28. April 1919 in Goldberg angesetzten Krammärkte mangels Bedürfnisses ausfallen.

Vermischtes.

—* Die Franzosen in der Pfalz wollen täglich Wein trinken. Die französische Besatzung hat eine Bestandsaufnahme sämtlicher Weinvorräte angeordnet und jedwede Weinausfuhr verboten. Aus den beschlagnahmten Vorräten erhält jeder französische Soldat als Bestandteil seiner Verpflegung täglich einen Liter Wein. Die Rheinpfalz hat infolgedessen täglich für die gesamte Besatzung 150 000 Liter oder 150 Fuder Wein aufzubringen. Der in Wirtschaften zum Verkauf freigegebene Wein darf nicht teurer als 1,50 Mark das Liter abgegeben werden. Die Mark wird mit 75 Cents bewertet.

Schriftleitung Konrad Menzel, Seifertz Nachfl., Grottkau.

Eingesandt.

(Nach § 11 des Preßgesetzes übernimmt die Schriftleitung dem Publikum gegenüber in dieser Rubrik keine Verantwortung).

Man schreibt uns aus Lehrerkreisen:

Nun beginnt es sich auch in den Reihen der lange vernachlässigten jungen Lehrerschaft zu regen. Die immer noch beibehaltene 2. Lehrerprüfung, deren Abschaffung zu den alten Forderungen der Lehrerschaft gehört, wird in der gegenwärtigen Zeit als geradezu unhaltbarer Druck empfunden. Die materielle Notlage, die bereits in Friedenszeiten einen vielerseits anerkannten unnormalen Zustand bildete, hat unter dem Drucke der gegenwärtigen Zeit die Grenze des überhaupt noch Erträglichen erreicht. Daß man einem jungen 25jährigen Lehrer in unserer heutigen Zeit wagt ein Jahresgehalt von 1120 Mark zu bieten ist ein Zustand der geradezu nach Abhilfe schreit, ist ein grausamer Witz, den sich unsere an Absonderheiten so reiche Zeit leistet.

Um zu dieser unhaltbaren Lage Stellung zu nehmen, wird beabsichtigt, in den einzelnen Hauptstädten der Regierungsbezirke Konferenzen der daran beteiligten jungen Lehrer und Lehrerinnen einzuberufen. Es werden folgende Forderungen gestellt, die, da sie keine grundstürzenden Aenderungen verlangen und vor allem nur als provisorische Notmaßnahme bis zur endgültigen gesetzlichen Regelung gedacht sind, auf dem Wege der ministeriellen Verfügung sofort erfüllt werden können:

1. Abschaffung der 2. Prüfung.
2. Beseitigung der periodischen Arbeiten und täglichen Präparationen.
3. Zahlung des Vollgehalts sofort beim Eintritt ins Amt.
4. Zahlung der ersten Alterszulage bereits nach 4 Jahren.

Die erste Konferenz findet in Oppeln am 12. Januar in Forms Hotel, 12 Uhr mittags statt. Wer Interesse daran hat, kann in den einschlägigen Fachzeitschriften näheres darüber erfahren

* * *

Zum offenen Briefe an Herrn Hering.

Mein Herr! Wenn Sie frei und offen, den Zeitverhältnissen angepaßt, Ihren werten Namen bekennen, so antworte ich Ihnen gern ausführlich, oder ist es etwa eine Blamage, Mitglied einer christlichen Volkspartei zu sein? — nein! — Ich geniere mich auch nicht, zu bekennen, einen Teil demokratische Gesinnung zu haben, nachdem ich und Millionen anderer Männer und Frauen den infamen Schwindel, Lug und Betrug der früheren Regierung pp. erkennen mußten, nachdem alte Familienväter, beruflich ehrenhafte und tüchtige Männer den überschwenglichen Militärdrill vor z. T. Jünglingen von Leutnants ausgekostet haben. Merken Sie etwas von Moral und Sitte?

Zur Genüge erwiesen ist doch, daß Geschlechtskranke, vom hohen Offizier bis zum dummen Soldat, von Gebildeten und Ungebildeten, von Verheirateten und Unverheirateten die Seuchenlazarette überfüllt haben. Man braucht die sozialdemokratische Geschichte nicht erst zu studieren, um zu motivieren, ob der Stab über Moral und Sitte vorherrschend von der bemittelten oder unbemittelten Klasse gebrochen wurde. Ich weiß es. —

Ihnen allein, mein Herr, will ich verraten, daß ich mir als gewitzter Mann in der Welt viel versucht habe und die Augen stets offen halte, umsomehr dann, wenn ich eine große und verschiedentlich denkende Menge vor mir habe.

Nichtsdestoweniger aber verbleibe ich in aller Hochachtung

Ihr Hering.

Streng reell!

Drei lustige Junggesellen suchen mit jungen Damen aus vornehmer Familie im Alter von 17—19 Jahren in Briefwechsel zu treten zwecks **späterer Heirat.** Anonym zwecklos. Off. möglichst mit Bild unt. **K. L. 17** an die Geschäftsstelle dieser Ztg.

Schreiber

kann **zum 1. Februar** antreten. Bezahlung nach Uebereinkunft. Bewerbungen mit Lebenslauf sind baldigst einzureichen.

Landratsamt Grottkau.

Ein Kaninchenstall

mit Kaninchen zu **verkaufen** bei **Bullix,** Eisenbahner, **Halbendorf.**

Oelgemälde

und **andere gute gerahmte Bilder** sucht Liebhaber zu kaufen. Offerten sind unter **M. M.** an die Geschäftsstelle d. Ztg. zu richten.

Ein Pferdepfleger

gesucht. Zu melden

Briegerstr. 52/52 part.

Junger Mann sucht

möbl. Zimmer

mit voller Pension. Offerten unter **M. T. 100** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Ein Fahrrad

mit neuer Bereifung preiswert zu **verkaufen.** Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieser Ztg.

2 gut erhaltene

Kinderwagen

zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Suche zum 1. März d. Js. eine

Wohnung

von 3 Stuben u. Küche.

Angebote unter **L. Z. 98** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

4 Zimmer und Küche

für sofort **gesucht.**

Auskunft in d. Geschäftsst. dies. Ztg.

Zwei Lehrlinge

für bald oder 1. April **sucht**

Heinrich Schubert,

Bau- u. Möbeltischlerei m. Kraftbetrieb.

1 Lehrling

kann sich melden bei

Gebhardt Schmiedemeister

Zindel Krs. Brieg.

1 Klempnerlehrling

für bald oder 1. April gesucht von

Martin George,

Klempnermeister.

Gummistempel

in jeder gewünschten Ausführung liefert schnell und preiswert

Buchhandlung Ring 1.

Telefon-Schreibblocks

sind wieder eingetroffen und vorrätig in der

Buchhandlung Ring 1.

Nachruf.

Nach Gottes unerforschlichem Ratschluß entriß uns am 7. Januar, nachmittag 4¾ Uhr der Tod nach schwerem Leiden, wohlversehen mit den hl. Sterbesakramenten, unsere liebe, gute Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Urgroßmutter und Tante,

verw. Frau

Maria Kuge

geb. **Teiner**

im ehrenvollen Alter von 77 Jahren. Dies zeigen tiefbetrübt an

Grottkau, den 10. Januar 1919

Die trauernden Hinterbliebenen.

Warnung für die Selbstversorger.

Wer dem Schleichhändler und dem Hamsterer Getreide und Kartoffeln aus seiner Ernte verbotswidrig verkauft, schädigt die Allgemeinheit und sich selbst! Wird unserem Kreise ein Teil der Vorräte durch Schleichhändler und Hamsterer genommen, so können wir die Menge, die wir für unser Volk und für die Front abliefern müssen, nur aufbringen, wenn wir die Ration der Selbstversorger herabsetzen! Jeder Landwirt weiß, was das für seine Wirtschaft bedeutet. Jeder Landwirt und jede Landfrau möge sich also sagen: Das, was jetzt der Schleichhändler und der Hamsterer zum Schaden der Allgemeinheit davon trägt, mußt du später selbst mit deinen Angehörigen aus deinen Vorräten nochmals hergeben.

Die Ortsbehörden weise ich an, vorstehendes **sofort** ortsüblich bekannt zu machen und den Aufruf an ortsüblicher Stelle zum Aushang zu bringen.

Grottkau, den 14. Oktober 1918.

Der Landrat. Thilo.

Anordnung,

betreffend Kleinhandelshöchstpreise für Kandis.

Auf Grund des Gesetzes betreffend Höchstpreise vom 4. August 1914 nebst den dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen werden für den Umfang des Kreises Grottkau folgende Höchstpreise für Kandis im Kleinverkauf (d. i. der Verkauf an die Verbraucher) festgesetzt:

a. für 1 Pfund weißen Kandis 62 Pfg.
b. „ 1 „ bunten „ 60 „

Diese Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes, betreffend Höchstpreise vom 4. August 1914 in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1914 (R.-G.-Bl. S. 516) in Verbindung mit den Bekanntmachungen vom 21. Januar und 23. September 1915 (R.-G.-Bl. S. 603) und vom 23. März 1916 (R.-G.-Bl. S. 183).

Zuwiderhandlungen werden nach Maßgabe des Gesetzes mit Gefängnis oder mit Geldstrafe bestraft.

Diese Anordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung im Kreisblatt in Kraft.

Mit dem gleichen Tage tritt die Anordnung betreffend Kleinhandelshöchstpreise für Kandis vom 29. Januar 1918 — Kreisblatt 1918, Seite 35 — außer Kraft.

Grottkau, den 27. Dezember 1918.

Der Kreisausschuß des Kreises Grottkau.
Thilo, Landrat.

Bekanntmachung.

Infolge unerhörter Kohlenpreissteigerung, sieht sich die unterzeichnete Innung gezwungen das Backgeld für 1 Brot von **15 auf 20 Pfg.** zu erhöhen.

Bäcker-Innung Grottkau.

Suche Gut zu kaufen

200/300 Morgen, mit gutem Boden, guten Gebäuden sowie mit lebenden und toten Inventar. Gefl. Angebote an die Geschäftsstelle der Zeitung.

Meiner geehrten Kundschaft von Grottkau und Umgegend die ergebene Mitteilung, daß ich aus dem Felde wieder zurück bin und meinen

Betrieb wieder aufgenommen

habe. Wohne **Breslauerstrasse 39** und bitte mich gütigst unterstützen zu wollen.

Hochachtungsvoll

Josef Wenzig
Schneidermeister.

Hohe Belohnung!

Gestohlen 2 schwere Pferde,

Apfelschimmelwallach, braune tragende Stute mit Stern, macht hinten kurzen und langen Schritt. Beide gut gepflegt, 14 Jahre alt. Nachricht erbittet

Dominium Hertwigswalde,

Kreis Münsterberg.

10 Mark Belohnung!

Silbernes

Zigaretten-Etui

verloren. Der Finder wolle dasselbe gegen 10 Mk. Belohnung abgeben in der Geschäftsstelle der Zeitung.

Gestohlen

wird bei Ihnen nicht, wenn Sie sich sichern durch **Alarmschussapparat.** Verwendbar in Haus, Hof, Garten usw. Stück Mk. 5 bei

A. Teiners Ww., Ring.

Alter Goldschmuck

am liebsten mit **weißen Steinen,** wird zu hohem Preise zu kaufen gesucht. Angebote unter **R. K.** an die Geschäftst. d. Ztg.

Wahlkarten

zur Nationalversammlung

soeben eingetroffen.

Buchhandlung Ring Nr. 1.

Trowitzsch
Landwirtschaftlicher Taschenkalender

eingetroffen und vorrätig in der

Buchhandlung Ring 1, Grottkau.

Aus dem Felde zurückgekehrt

habe ich meine Tätigkeit als

Facharzt für Frauenleiden und Geburtshilfe

wieder aufgenommen.

Sprechstunden in meiner Wohnung
— Am Hauptbahnhof III —
Ecke Gartenstraße
schräg über dem Hotel **Kronprinz.**
Wochentags vorm. 11½ bis 12½ Uhr, nachm. 3 bis 4 Uhr.
Sonntags nur auf Voranmeldung
Fernruf 3520.

Dr. med. Georg Kunicke
Facharzt für Frauenleiden und Geburtshilfe.

8000 Mark

sind zum 1. April d. Js. auf sichere Hypothek, im ganzen oder geteilt zu verleihen. Auskunft erteilt die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

500 Mark

sind für eine Wirtschaft auszuleihen. Adr. unt. **P. 60** an d. Geschst. d. Ztg.

Ein Geschäftshaus

in guter Lage gesucht.
Offerten mit Preisangabe unter **A. M. 85** an die Geschäftsst. dieser Zeitung.

Automobil-Vertretung

zu vergeben. Anfragen unt. **B. J. 4101** an **Rudolf Mosse, Breslau.**

Marken-Quittungen

der

Friedrich-Wilhelm-Versicherung

sind abzuholen bei

Wilhelm Sinnreich,
Sargmagazin Löwenerstraße 78

Brennspiritusmarken-Ausgabe.

Die Ausgabe der Brennspiritusmarken an die minderbemittelte Bevölkerung hiesiger Stadt für den Monat Januar d. Js. findet:

Montag, den 13. Januar d. Js., vormittags von 11 bis 12½ Uhr

im Rathause (Singerladen) statt.

Die Verkaufsstellen befinden sich bei den Herren Kaufleuten:

Alois Paul, Marmätschke Haase.

Pünktliches Erscheinen Bedingung, da an anderen Tagen Brennspiritusmarken nicht ausgegeben werden.

Wer nicht rechtzeitig seine Brennspiritusmarke abholt, verliert den Anspruch auf seine Marke, und seine Marke kommt anderweit zur Verteilung.

Die Marken sind persönlich abzuholen oder von einem mit Ausweis versehenen Beauftragten.

Grottkau, den 10. Januar 1919.

Der Magistrat.

Sozialdemokratische Partei.

Sonnabend, den 11. Januar abends 6½ Uhr

Mitgliederversammlung

im Vereinslokal.

Der Vorstand.

Lichtspiele Grottkau.

Sonnabend, d. 11. Januar 8 Uhr

Abend-Vorstellung.

Sonntag, den 12. Januar:

Zwei Vorstellungen nur für Erwachsene.

Anfang d. Vorstellungen: ½5 u. 7 Uhr.

Programm.

Ums Weib zum Mönch.

Nach dem Roman: Die Beichte des Mönchs. Drama in 4 Akten. **Carl de Vogt** in der Hauptrolle.

Bobbys Rache.

Originelles Lustspiel in 3 Akten.

Im Auto durch den Kaukasus

Naturaufnahme.

Einlagen nach Bedarf. Programmänderung vorbehalten.

Preise der Plätze:

Numer. Sperrsitz 1,20 M., 1. Pl. 1 M., 2. Pl. 80 Pfg., Militär 2. Pl. 50 Pfg.

Der Vorverkauf des numerierten Sperrsitzes findet bei **Gabisch,** Fahrradgeschäft statt.

Um gütigen Zuspruch bittet

Kahnert, Besitzerin.

Inserate

nach allen auswärtigen Zeitungen

vermittelt **ohne Aufschlag** zum Originalpreise die

Geschäftsstelle der „Grottkauer Zeitung".

Lebensmittelkarten-Taschen Damenhandtaschen, Portemonnaies, Brieftaschen

in allen Preislagen.

Buchhandlung Ring 1, Grottkau.

Pergamyn-Papier

(Pergament-Ersatz)

soeben eingetroffen.

Buchhandlung Ring 1.

Druck und Verlag von Konrad Menzel, Seifferts Nachflg., in Grottkau.